

Auf gehts ! Reinschauen·statt Wegschauen



2.Ausgabe

Nr. 1-2015

**Die links alternative Zeitung
für Idar-Oberstein**

Themen

- Linke Fraktion sorgt für Verbesserungen im Busverkehr**
- Deutschland will wieder Großmacht werden?**
- Kreishaushalt nicht auf dem Rücken der Schwachen**
- Resolution Die Linke ls Friedenspartei**
- 10 Jahre Hartz IV und 5 Jahre Bundesverfassungsgerichtsurteil**
- AUF GEHTS EXTRA der Niedergang von Idar-Oberstein**

Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld sorgt für Verbesserungen im Busverkehr (links wirkt)

Erneut hat die Kreistagsfraktion der Linken im Kreis Birkenfeld mit Vorschlägen bei der Kreisverwaltung für Verbesserungen im Busverkehr gesorgt.

Neu verkehrt die Regiolinie 330 von Idar-Oberstein nach Birkenfeld unter der Woche mit nahezu allen Fahrten wieder über Idar und Algenrodt statt über die B 41 ohne Halt. Dadurch konnte die **Fahrzeit zwischen Birkenfeld und Idar von 50 auf 30 min reduziert werden**. Zudem ergeben sich **neue Direktverbindungen** von Algenrodt zum Bahnhof Oberstein. Neu ist hier eine Frühfahrt von Algenrodt und Idar zum Bahnhof, die sonntags gegen 8:30 Uhr verkehrt. Dies ist zwei Stunden früher als bisher. Zudem wurde auf Anraten der Linken eine Frühfahrt von Birkenfeld zum Umwelt-Campus um 8:40 Uhr eingerichtet, was es **Studierenden ermöglicht, ohne Auto die Vorlesungen zu besuchen**. Auch Burbach, Elchweiler, Schmißberg werden nun wieder häufiger bedient!

Weitere Forderungen der Linken sind: Auch am Wochenende sollte auf der Linie 330 Idar angebunden werden. Somit könnte die Fahrzeit zwischen Birkenfeld und Idar von 75 auf 25 min reduziert werden. Zudem wäre eine Anbindung von Herrstein auf der **Linie 351**, insbesondere im Wochenend- und Abendverkehr, wünschenswert. Dadurch wäre Herrstein Samstags angebunden, was dem touristischen Potential gerecht würde. Es werden mehr Anbindungen von Stipshausen vorgeschlagen, hier gibt es derzeit eine Taktlücke in Richtung Idar-Oberstein von 6:24 Uhr bis 12:12 Uhr. Ähnliche Verbesserungen könnten für Hettenrodt und Kirschweiler auf der **Linie 343** erreicht werden.

Die von Fahrgästen bemängelten **Probleme mit nicht wartenden Bussen** bei Zugverspätungen am Obersteiner Bahnhof in beide Richtungen könnten - insbesondere bei den letzten Verbindungen des Tages - durch Verschieben der Abfahrten im Minutenbereich verbessert werden.

Doch es gibt auch einige Wehrmutstropfen: Die von der Kreisverwaltung zugesagten Sonderfahrten zum Birkenfelder Prämienmarkt wurden leider nicht eingesetzt. Das Angebot auf der Linie 320 zw. Idar-Oberstein und Baumholder wurde stark ausgedünnt. Die Linke weist darauf hin, dass durch die **Reaktivierung der Bahnstrecke nach Baumholder** ein gutes neues Angebot geschaffen wurde. Gemeinden wie Frauenberg und Reichenbach profitieren hiervon allerdings nicht und werden abgehängt. Selbst das Wochenend-Ruftaxi bindet die Gemeinden nicht häufiger an, auch Sonnenberg hat nicht mehr Fahrten erhalten. Um noch mehr Menschen ein besseres Angebot machen zu können, sind die **Errichtung neuer Haltepunkte (Weierbach/Globus, Nahbollenbach, Enzweiler, Frauenberg)** sinnvoll. Eine Ausweitung des Busangebots - auch durch Rufbusse - ist unabdingbar.





Letzte Meldung in der Nahe-Zeitung mit großer Überschrift

„Bundeswehr soll wieder abschrecken.“ Verteidigungsministerin von der Leyen brachte ungeniert zum Ausdruck

„Unsere Interessen haben keine unverrückbare Grenze, weder geografisch, noch qualitativ“.

Deutschland will also wieder Großmacht werden. Dazu dient auch die neue militärische Ausrichtung in Baumholder als multinationales Ausbildungs- und Übungszentrum. Auf Deutsch, ein Kriegsübungszentrum mit europäischen Streitkräften unter Federführung der Artillerie. Oesterreich, Tschechien, Kroatien und Ungarn haben bereits ihr Interesse bekundet. Weitere werden folgen. Die Fliegerleitausbildung wird nach Idar-Oberstein verlagert. Aus Sicht des Oberst Fiebko Koolmann wird der Standort Idar-Oberstein damit aufgewertet. Ich frage mich, was das für eine Aufwertung sein soll? In Zukunft werden noch mehr Düsenjets über unsere Wohngebiete fliegen, der Schießlärm auf dem Truppenübungsplatz wird sich ausweiten. Die Lärmbelästigung und Umweltbelastung wird gewaltig zunehmen. Wie ist das mit dem Nationalpark vereinbar? Im Nationalpark soll sich die Pflanzen- und Tierwelt ungestört entwickeln können. Außerdem erhofft man sich dadurch mehr Touristen für unsere finanzschwache Region. Wie wird dies gewährleistet, wenn Kampfbomber mit ihrem Lärm und schädlichen Abgasen über dieses Gebiet hinwegdonnern? Weitere militärische Belastungen bedeuten für Idar-Oberstein mit Sicherheit keine Vorteile. Das Militär kostet den Steuerzahler Geld. Es ist nicht produktiv und schafft keine Werte für die Gesellschaft. Wir brauchen keine Großmacht Deutschland die wieder Kriege führt um Macht und Einfluss zu gewinnen, sich neue Ressourcen, vor allem im Osten Europas erobert und unsere Jugend verheizt. Was wir in unserer Region brauchen, sind sichere, friedliche, zivile Arbeitsplätze in der sich der Mensch wohl fühlen kann und unsere Jugend nicht abwandern muss, weil sie hier keine Zukunftsperspektive hat. Das Gejammere wegen des etwaigen, möglichen Abzugs des Militärs und der damit angeblichen Schwächung der Region wird von Leuten in den Vordergrund gestellt die entweder ohne Militär nicht auskommen können, oder nicht bereit sind, mal über den Tellerrand hinauszuschauen. Überall dort, wo das Militär seinen Standort verlassen hat, haben sich nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze entwickelt. Dafür gibt es Beispiele genug.

Karin Gottlieb



LINKE Kreistags-Fraktion Birkenfeld: Kreishaushalt nicht auf dem Rücken der Schwächsten sanieren!

Die erneute **Erhöhung der Kreisumlage** und die Tendenz, notwendige Investitionen zu unterlassen sowie den **Verfall öffentlicher Infrastruktur** in Kauf zu nehmen, sind für die Fraktion DIE LINKE die Hauptgründe, den Etat 2015 abzulehnen.

Die Fraktion kritisiert die Streichung des Programms zur Straßendeckensa-nierung, da größere Reparaturen vor sich her geschoben würden. Positiv sei die Beteiligung des Kreises an den Planungskosten für eine bessere Anbindung des Idar-Obersteiner Gewerbegebietes „Am Kreuz“. DIE LINKE hat Verbesserungsvorschläge für den **ÖPNV** im Kreis gemacht, von denen erfreulich viele zum Fahrplanwechsel übernommen wurden.

Neben der **Verspargelung der Landschaft** durch Windkraftanlagen wurde auch kritisiert, dass im **Regionalen Raumordnungsplan** der Schieß- und **Fluglärm** des Truppenübungsplatzes Baumholder nicht erfasst wurde. DIE LINKE fordert hier Lärm-Mess-Stationen für die **Einflugschneisen**. Um die Attraktivität des Nationalparks zu steigern, forderte Krauth die Kreisverwaltung auf, sich bei den umliegenden Landkreisen für eine **Reaktivierung der Hunsrückbahn** einzusetzen. Insbesondere die Strecke Hahn-Hermeskeil- Türkismühle wäre touristisch interessant.

DIE LINKE lehnte **erhöhte Müllgebühren für Privathaushalte und das Gewerbe ab** und strebt die **Rekommunalisierung** der Müllentsorgung und somit **Gebührensenkungen** an.

Die Fortführung der **Schulsozialarbeit** wurde begrüßt. Die von der Sozial-abteilung seit Oktober 2014 bei den **Kosten der Unterkunft** vorgenommene Pauschalierung nach Personen hält DIE LINKE für nicht statthaft und fordert die Verwaltung auf, wieder zur rechtssicheren Regelung (nach Quadratmeter) zurückzukehren. Weil ALG-II-Bezieher aus Idar-Oberstein höhere Gebühren als bisher zahlen sollen, lehnte die Fraktion auch die **Fusionierung der Kreis-Volkshochschule und der VHS der Stadt Idar-Oberstein ab**.

Kritisch sieht DIE LINKE auch, dass **Lehr-und Lernmittel für Schulen** drastisch gekürzt werden. Während der Kreis Bernkastel-Wittlich gerade beschlossen hat alle Schulen in Kreisträgerschaft im nächsten Jahr großzügig mit interaktiven Tafeln auszustatten, setzt der Kreis Birkenfeld nach Meinung der LINKEN die **Chancengleichheit in der Bildung** aufs Spiel.

Resolution Die Linke als Friedenspartei

Auf dem Kreisparteitag der am 01.02.2015 in Idar-Oberstein stattfand, wurde folgende Resolution einstimmig von dem Kreisverband Die Linke Birkenfeld beschlossen! Unter anderem waren auch Mitglieder, des benachbarten Verband Bernkastel-Wittlich anwesend, die ebenfalls diese Resolution begrüßten.

Aus dem Programm der Partei DIE LINKE
Frieden in Solidarität statt Kriege

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta, zumal der Sicherheitsrat noch nie chartagemäß Beschlüsse gegen Aggressoren wie die NATO beim Jugoslawienkrieg oder die USA beim Irakkrieg gefasst hat. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von "zivilmilitärischer Kooperation" und von Konzepten zur "vernetzten Sicherheit" die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Sie will, dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird.

Die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Birkenfeld bekennen sich ausdrücklich zu diesem Programmpunkt der Bundespartei! Und der Kreisverband fordert die Bundespartei auf, diese Position beizubehalten.

Begründung:

Gerade jetzt, wo die Gefahr einer Osterweiterung der NATO mit der Zusammenarbeit von Faschisten in der Ukraine besteht, ist es wichtig, diese friedenspolitischen Punkte zu stärken.

Unsere Region ist als Drehscheibe der NATO für Kriegseinsätze mit militärischen Liegenschaften, Kasernen,

Truppenübungsplatz, Schieß- und Fluglärm extrem belastet und an einer friedlichen, nachhaltigen Entwicklung behindert. Militär und sanfter Tourismus schließen sich aus, mehr Militär bedeutet für unseren Kreis zudem eine erhöhte Gefahrenlage als Ziel von potenziellen Anschlägen. Eine Rückgabe der militärischen Liegenschaften sollte das Ziel LINKER Friedenspolitik vor Ort sein und das Einsetzen für eine Beendigung der Patenschaften von Verwaltungen mit Militäreinrichtungen.

Ortsvorstand DIE LINKE Idar-Oberstein

Unterstützer: Linksjugend „Solid“ Idar-Oberstein/Birkenfeld

10 Jahre Hartz IV und 5 Jahre Bundesverfassungsgerichtsurteil - Ein Grund zum Feiern?

Von der Endsolidarisierung des Sozialstaates - 16 Millionen Menschen leben in der Armutsfalle Hartz IV

Anfang des Jahres 2015 verschickte die Bundesagentur für Arbeit rote Hochglanz Glückwunschkarten mit der Aufschrift "10 Jahre Hartz IV - Ein Erfolgsmodell". Sie beglückwünschten sich für die gelungenen Hartz IV Reformen. Ist dies wirklich ein Grund zum Feiern? Oder ist dies nicht geradezu eine Ohrfeige für die Menschen, die im Bezug von Regelleistungen sind oder als sogenannte "Aufstocker" Leistungen beziehen oder der Altersrentner/innen, Erwerbsminderungsrentner/innen die ergänzende Grundsicherung bekommen?

Die Bundesregierung feiert sich für den neuen Beschäftigungsrekord.
Aber wer bezahlt diesen Boom?

Wir erinnern uns:

Am 01.01.2005 trat unter dem Namen der Agenda 2010 die sogenannten Hartz IV - Reformen in Kraft. Dieses Paket brachte die damalige Koalitionsregierung SPD und Grünen auf dem Weg. Das Ziel der Regierung war es, den Export der deutschen Wirtschaft anzukurbeln und sie gaben den Arbeitgeberpräsidenten nach, die seit Jahren Gebetsmühlenartig den Abbau der Sozialleistungen forderten. Zu diesem Zweck wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, an ihrer Stelle trat die Sozialhilfe für Erwerbslose in Kraft. Erwerbslose, die unter 50 Jahre sind für 12 Monate Arbeitslosengeld, für Ältere maximal 2 Jahre. Die Zumutbarkeitsregeln wurden verschärft, ob qualifiziert oder nicht, es muss jeder angebotene Arbeitsplatz angenommen werden. Kommt der Erwerbslose dem nicht nach, werden Sanktionen bis zu 100% durchgeführt.

Die Höhe der sogen. Sozialhilfe legte Peter Hartz , ein Manager aus der privaten Wirtschaft und andere Lobbyverbände aus der Industrie und Wirtschaft fest.

Unter anderem wurden die Löhne gedrückt und die sogenannte Rentenreform durchgeführt, die eine drastische Kürzung bis zum Jahr 2030 darstellt, nur noch 41% Bruttorente.

Durch diese drastischen Maßnahmen und die Endsolidarisierung wurden in kürzester Zeit Menschen in die Armut geschickt, wobei sie auch noch von den Politikern, den Medien diskriminiert und stigmatisiert wurden. Und das mit Erfolg. Bis heute werden die Bezieher von SGB II Leistungen, die unverschuldet in dieser Situation sind, in diese Ecke geschoben.

Im Februar 2010 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Regelleistungen nicht mit dem Grundgesetz, exakt mit dem Artikel 1 (Menschenwürde) in Verbindung mit Artikel 20 (Sozialstaatsprinzip) unvereinbar sind. Sie forderten eine transparente, nachvollziehbare und vor allem realitätsnahe Neuberechnung der Regelleistungen, speziell die eigenständige Ermittlung der Regelleistung für Kinder und Jugendliche. Das Bundesverfassungsgericht beurteilte die Regelleistung für Kinder und Jugendliche als nicht nachvollziehbar. Sie wurden "auf's Blaue hinein geschätzt". Bis heute wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht umgesetzt. Sämtliche Erhöhungen sind nur Augenwischerei, der damaligen Erhöhung um 8 € ging eine Kürzung der Regelsätze um 20 € voraus. "Ein Schelm ist, wer böses dabei denkt!"

Die heutige Bundesregierung feiert sich, soviel Beschäftigte wie noch nie, der Export boomt wie noch nie. Ja, soviel Beschäftigte wie noch nie. Soviel Menschen wie noch nie, arbeiten im Niedriglohnsektor. Noch nie haben Arbeitgeber eine größere Subvention erfahren, wie durch die sogenannten "Aufstocker". Während es im Jahr 2013 noch 1,3 Millionen waren, sind es im Jahr 2014 schon 3,1 Mill. Menschen. 2 Millionen Menschen mehr, wie im Jahr davor. Immer mehr Menschen, die von ihrem Beruf oder Händen Arbeit nicht mehr leben können. Der neue Armutsbericht spricht von 16 Mill. Menschen, davon 3,1 Mill., die aufstocken müssen, 1 Mill. Rentner/-innen, die unterhalb des Existenzminimums leben.

Anstatt das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2005 umzusetzen, und angesichts des neuen Armutsberichts, das beschämend ist, diese unsäglichen Hartz IV Gesetze abzuschaffen, kommt Frau Nahles mit einer Rechtsvereinfachung. Diese Rechtsvereinfachungen gehen wieder zu Lasten der Erwerbslosen, der Geringverdiener. Rechtsexperten werten es, nach Prüfung dieser "Vereinfachungen", als verfassungswidrig.

Sie fragen sich, was bedeutet das alles für Idar-Oberstein, für den Kreis Birkenfeld.

Diese Reformen wirken bis in die Gemeinden und Kreise.

Der Landkreis Birkenfeld hat eine sehr hohe Zahl an Beschäftigte im Niedriglohnsektor, die zusätzliche Hilfe ("aufstocken") benötigen und eine hohe Zahl an Erwerbssuchende, damit geht natürlich auch der Verlust an Kaufkraft einher. Dies ist hier in Idar-Oberstein auch deutlich sichtbar, immer mehr Geschäfte die schließen, immer mehr Leerstände.

Deutlich mehr Einwohner aus Idar-Oberstein nehmen das Angebot des "Horizont" der Diakonie, die Tafel und das günstige Mittagessen für 1€, in Anspruch. Immer mehr ältere Einwohner (Rentner/-innen) und Alleinerziehende, Familien mit Kindern nehmen diese Angebote wahr, sind darauf angewiesen. Kinder und Jugendliche hier in unserem Landkreis, die in dieser Armutsfalle aufwachsen müssen. Das können und dürfen wir als Gemeinschaft nicht zulassen, weil es zu tiefst unsozial ist und wir tragen auch für unsere Kinder und Enkelkinder in der Zukunft Verantwortung.

"Sozial ist, was Arbeit schafft", war ein Ausspruch von Frau Merkel, bezogen auf die Hartz IV - Reformen.

Zynischer kann man es nicht ausdrücken.

Hartz IV war, ist und bleibt verfassungswidrig und gehört abgeschafft!

Manuela Holz
LAG Hartz IV

Verantw. f. d. Inhalt: Ortsverband die Linke und Ortsgruppe der DKP Idar-Oberstein
E-Mail: linkepresse-io@emailn.de www.birkenfeld.dielinke-rhip.de
Bankverbindung: DIE LINKE. Kreisverband Birkenfeld Volksbank Hunsrück-Nahe eG
IBAN: DE03 5606 1472 0004 7114 32 Verwendungszweck: Linke Zeitung

Jens Schneider, Finsterheckstraße. 18, 55743 Idar-Oberstein Tel:06781/9899135